

Im Blickpunkt

Von Dr. Carsten Meier



Die Dekarbonisierung unserer Wirtschaft – eine Utopie?

Deutschland im Jahr 2050: Die Energiewende ist erfolgreich abgeschlossen. Die im Jahr 2015 festgelegten ehrgeizigen Klimaziele wurden erreicht. Die Treibhausgasemissionen konnten sektorübergreifend um insgesamt 80 Prozent gegenüber 1990 reduziert werden. Der Anteil der erneuerbaren Energiequellen am Bruttostromverbrauch beträgt vier Fünftel. Der Primärenergieverbrauch ging gegenüber dem Volumen von 2008 um 50 Prozent zurück – durch umfassende Energieeffizienzsteigerungen, den Einsatz eines breiten Technologiemixes sowie durch die Verwendung synthetischer Energieträger in der Industrie, im Verkehrsbereich und in Gebäuden.

Besonders stolz sind die inzwischen im Ruhestand weilenden damaligen Entscheidungsträger darauf, dass die nahezu vollständige Dekarbonisierung der Wirtschaft trotz erheblicher volkswirtschaftlichen Mehrkosten – kumuliert immerhin rund 500 Milliarden Euro – nicht zur De-Industrialisierung des Landes geführt hat. Im Gegenteil: Die Stahlindustrie an der Saar ist weltweit Vorreiter beim Einsatz von grünem Wasserstoff zur Dekarbonisierung kohlenstoffintensiver Prozesse. Auf unseren Straßen sind 26 Millionen Elektro-PKWs unterwegs und der schwere Straßengüterfernverkehr ist ebenfalls weitgehend elektrifiziert. Möglich wurde dies durch den Einsatz von Oberleitungshybrid-LKWs, die mit einem Pufferspeicher sowie mit einem brennstoffzellen-elektrisch betriebenen Sekundärtrieb ausgestattet sind. Der Gebäudebestand ist nahezu vollständig energetisch saniert. Allein 14 Millionen Wärmepumpen sind deutschlandweit in Ein- und Zwei-Familienhäusern im Einsatz.

Aus heutiger Sicht alles Utopie? Gewiss, die Zielerreichung ist alles andere als ein Selbstläufer und wenn wir in Deutschland nicht endlich neuen Schwung aufnehmen, droht das Scheitern. Doch weil Klimaschutz längst ein globales Handlungsfeld ist, müssen wir den Strukturwandel

ohnehin gestalten. So hatten sich die G7-Staaten bereits auf dem Gipfel auf Schloss Elmau 2015 darauf verständigt, die weltweiten Treibhausgasemissionen bis 2050 um 40 bis 70 Prozent im Vergleich zum Jahr 2010 zu senken und die Weltwirtschaft bis 2100 vollständig zu dekarbonisieren. Mit dem Übereinkommen der UN-Klimaschutzkonferenz von Paris wurde dieses Ziel konkretisiert. Danach sollen die CO₂-Emissionen so reduziert werden, dass die globale Erwärmung auf möglichst 1,5 Grad begrenzt werden kann. Um aber den Transformationspfad zur Erreichung der klimapolitischen Ziele Deutschlands bis 2050 erfolgreich zu gestalten, bräuchte es einen sektorübergreifenden Ansatz, vor allem aber ein kohärentes und ökonomisch optimiertes Vorgehen. Denn der bisher vorherrschende Fokus auf Einzelmaßnahmen lässt die Kosten explodieren und erodiert dadurch die gesellschaftliche Akzeptanz. Was also ist zu tun?

Unerlässlich ist zunächst mehr Ehrlichkeit. Die Bundesregierung hat sich eine CO₂-Reduktion von 80 bis 95 Prozent bis 2050 zum Ziel gesetzt. Das obere Ende dieses Zielkorridors sollte zügig aufgegeben werden, da vergleichbare Anstrengungen nach realistischer Einschätzung global nicht erreichbar sind. Diese wären aber mit Blick auf den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit notwendig. Technologisch wäre die Umsetzung des 95-Prozent-Klimapfades zwar grundsätzlich ebenso möglich wie Ananas in Alaska zu züchten, um einmal dieses bekannte Bonmot zu bemühen. Allerdings nur zu nicht vertretbaren volkswirtschaftlichen Kosten in Höhe von 960 Milliarden Euro. Auch dies verringert die gesellschaftliche Akzeptanz. Gleiches gilt für die mit diesem Klimapfad einhergehende Bedingung einer breiten Anwendung von Verfahren zur CO₂-Abscheidung und -Speicherung (CCS) – also die Abtrennung von Kohlenstoffdioxid in Kraftwerken und Industrieanlagen und die anschließende dauerhafte

Einlagerung in tiefen geologischen Schichten. Mehr Transparenz und Wahrfähigkeit ist daher notwendig – bei den Verteilungsfragen der Energiewendekosten ebenso wie bei den Auswirkungen des Strukturwandels auf das Lebens- und Arbeitsumfeld der Bürger.

Zwingend sind darüber hinaus politische und regulatorische Rahmenbedingungen, die langfristig verlässliche Anreize zur CO₂-Reduzierung setzen und eine technologieoffene sowie innovative Optimierung über Sektorgrenzen hinweg über den Markt ermöglichen. Um die Investitionsdynamik zu stimulieren, müssen die erforderlichen Grundsatzentscheidungen zu Energieinfrastrukturen, steuerlichen Anreizen, Forschungsförderprogrammen sowie dem Einsatz von synthetischen erneuerbaren Energieträgern noch in dieser Legislaturperiode getroffen werden. Denn Unternehmen brauchen Planungssicherheit, gerade bei Investitionsentscheidungen mit langer Wirksamkeit. Klima- und Wirtschaftspolitik müssen also miteinander verknüpft werden. Kohärenz ist gefragt, um Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung zu sichern.

Zudem muss die Energiewende eingebettet werden in globale Entwicklungen. Sie kann nämlich nur gelingen, wenn sie industrie- und wirtschaftspolitisch ein Erfolg ist. Erforderlich dafür sind Instrumente zum Schutz der deutschen Industrie vor Wettbewerbsnachteilen aufgrund von im internationalen Vergleich höherer deutscher Klimaschutzanforderungen (Carbon-Leakage-Schutz).

Aufgabe der Politik ist es schließlich, die Herausforderungen des Projekts Energiewende kontinuierlich nachzuverfolgen und so zu steuern, dass negative Interdependenzen vermieden werden, die zu kollidierenden Marktanreizen führen. Gefordert sind also Weitsicht und Verantwortungsbewusstsein – und damit ein cleverer Pfad für den Industriestandort Deutschland.